

## Af/Pak.

I. Af/Pak ist zu einem Synonym geworden, das dem Sonderbeauftragten R. Holbrooke zugeschrieben wird, der damit die scheinbar unauflösbare Verbindung von Afghanistan und Pakistan mit den seit mehr als 30 Jahren in Afghanistan und Pakistan stattfindenden Kriegs- und Terrorakten charakterisiert hat.<sup>1</sup>

Was sind die Hintergründe und Entwicklungen, die zu diesem scheinbar unauflösbaren Konflikt geführt haben?

Zunächst werden die beiden Länder Afghanistan und Pakistan beschrieben und deren Rolle vergleichend bei den geopolitischen Entwicklungen dieser südasiatischen Region dargestellt. Regime und Foren in denen beide Staaten entweder Mitglied oder Beobachter sind, werden als mögliche Hilfen bei der Lösung dieses verfestigten Konflikts erwähnt. Abschließend wird die Schlüsselrolle der beiden pazifischen Großmächte USA und VR China für einen erfolgreichen, gewaltfreien und kooperativen Konfliktlösungsmodus beschrieben.

### 1.



Afghanistan<sup>2</sup> ist ein südasiatisches Land, das an Pakistan (2430km), China (76km), Tadschikistan (1206km), Usbekistan (137km), Turkmenistan(744km) und den Iran (936km) grenzt, hat eine Fläche von 652,230km<sup>2</sup>, keinen Zugang zum Meer hat, die landwirtschaftlich nutzbare Fläche beträgt ca.12%, und davon sind ca.5% bewässert.

Die Bevölkerung Afghanistans (ca. 30,5 Millionen) besteht aus Paschtunen (hauptsächlich Durani und Ghilzai) zu 35%, Tadschiken 33%, Usbeken 9%, Hasara 9%, Aimaken 4%, Turkmenen 3%, Belutschen 2% und anderen 4%.

Bodenschätze: Gas, Erdöl, Kupfer, Chrom, Talkum, Schwefel, Blei, Zink, Eisenerz, Salz, Edelsteine.

### Streitkräfte<sup>3</sup>:

Afghan National Army (ANA)		170.700
Activ	Heer	165.700
	Luftwaffe	5.000

Die ANA ist im Aufbau und bekämpft zusammen mit den US - und Nato-Truppen die Taliban und Terrornetzwerke wie al Qaida und Haqqani. Schwerpunkte beim Aufbau der ANA mit Unterstützung ausländischer Berater ist die Ausbildung militärischen Führungspersonals in Taktiken des Anti-Guerilla-Kampfes und der Terror-Abwehr, die Beherrschung moderner Waffen und technischer Systeme. Ende 2014 soll die ANA in der Lage sein, die aufständischen Taliban und die Terrornetzwerke mit minimaler Unterstützung internationaler Berater alleine erfolgreich zu bekämpfen. Neben den Streitkräften bilden die USA und einige Nato-Länder auch Polizei und Sicherheitskräfte aus, die Afghanistans innere Stabilität sichern sollen. Das wird sich als ein schwer zu lösendes Problem erweisen, denn die afghanische Regierung kann sich zur Legitimation der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols nicht auf ein, von allen gesellschaftlichen Gruppen Afghanistans (Ethnien, religiösen Gruppierungen, ethnischen Minderheiten etc.) getragenes Staatsverständnis berufen. Die Staatlichkeit Afghanistans war historisch immer abhängig von der Machtverteilung unter den Ethnien (Stämmen) Afghanistans. Die Ausbildung afghanischer Soldaten und Polizisten durch die USA und Nato Staaten soll diese befähigen, die Sicherheits- und Ordnungsfunktionen eines souveränen Afghanistans wahrzunehmen. Ob das gelingt ist fraglich, denn die rekrutierten Soldaten und Polizisten werden partikulare ethnische/religiöse oder eigene materielle und nicht gesamtstaatliche Interessen vertreten und schützen wollen.

2. Der derzeitige Präsident Afghanistans, Hamid Karsai ist Khan des Stammes der Popalsai, eines Clans, der zu den Durrani Paschtunen gehört und aus dem traditionell politische Führungspersonalitäten in Afghanistan stammten. Ursprünglich unterstützte Karsai die Taliban Mitte der 1990er Jahre, später nahm er mit seinem Vater, dem damaligen Stammesführer, am bewaffneten Kampf gegen die Taliban von Pakistan aus teil. Sein Vater wurde 1999 von Taliban ermordet. Karsai ging kurz darauf nach Kabul. Nach 9/11 arbeitete er mit den USA zusammen und wurde 2001 bei der Afghanistan Konferenz auf dem Petersberg zum Präsidenten einer Übergangsregierung eingesetzt.<sup>4</sup> Im Frühjahr 2014 sind Wahlen in Afghanistan, bei denen Karsai, gemäß der afghanischen Verfassung, nicht wieder kandidieren darf.<sup>5</sup> Karsai sorgt in letzter Zeit für Irritationen in den Beziehungen zu den USA.<sup>6</sup> Er will das Binationale Sicherheitsabkommen (BSA – Binational Security Agreement) mit den USA nicht unterzeichnen, sondern dies seinem Nachfolger nach den Präsidentschaftswahlen überlassen<sup>7</sup>, obwohl er von der Loja Dschirga (Afghanistans gewichtigster Ratsversammlung) aufgefordert wurde, das Abkommen noch 2013 zu unterzeichnen.<sup>8</sup> Er wird auch nicht gestatten, dass ein Minister seines Kabinetts das Abkommen unterzeichnet, wie vom US Außenminister Kerry vorgeschlagen.<sup>9</sup> Es ist offensichtlich, dass Karsai häufig öffentlich demonstrieren will, dass er kein 'Befehlsempfänger' der USA ist. In Stellungnahmen von Talibanführern der oberen Ebene wird die Regierung Karsai jedoch als Handlanger 'der fremden Invasoren' bezeichnet. „*The security agreement of the stooge government with the foreign invaders is in fact a joint conspiracy of the internal and external enemies of our creed, country and sovereignty.*“<sup>10</sup> Dabei wird auch auf die drängenden Bemühungen Karsai's für die Unterzeichnung eines strategischen Partnerschaftsabkommen mit der Bush Regierung in Washington hingewiesen. Die USA waren nicht besonders motiviert, ein solches Abkommen zu unterzeichnen, denn „... schließlich kontrollierte es längst Afghanistans Luft- und Landwege und führte Krieg nach eigenem Gutdünken.“<sup>11</sup> Karsai wurde und wird die Preisgabe der afghanischen Souveränität vorgeworfen. Zu den diplomatischen Aktivitäten zur Demonstration seiner politischen

Unabhängigkeit von den USA gehören auch Reisen in den Iran und nach Indien, bei denen Kooperationen mit den jeweiligen Regierungen für die Zeit nach dem Abzug der USA aus Afghanistan vereinbart wurden. In jüngster Zeit greift Karsai die Politik der USA und ihre Aktionen auch weltweit öffentlich massiv an.<sup>12</sup>

Wenn es Karsai nicht gelingt, das Image des Handlungers der USA in der Öffentlichkeit zu revidieren, könnte es für ihn nach seiner Amtszeit in Afghanistan unangenehm werden.

Diese Amtszeit wird wahrscheinlich, nach Ansicht des Verfassers, bis weit in die 2. Jahreshälfte 2014 andauern. Bei der Wahl im April 2014 wird es keinen Bewerber geben, der die absolute Mehrheit erreichen wird. Die Ergebnisse der notwendigen Stichwahlen werden von den Konkurrenten um das Amt des Staatsoberhauptes wahrscheinlich nicht anerkannt werden. Die nachfolgenden Untersuchungen, Nachwahlen und weitere Verfahren werden das amtliche endgültige Ergebnis weiter hinaus zögern. Dadurch tritt das *'bi-national security agreement'*, wenn überhaupt, sehr spät in Kraft. Das schafft für die Planung des Truppenabzugs der USA Probleme. Sie haben bereits erklärt, dass sie dann das geplante Kontingent an Ausbildern und Beratern nicht in Afghanistan zurück lassen können

**3.** Es herrscht Krieg in Afghanistan seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen 1979. Den kriegerischen Aktionen der Mudschaheddin gegen die Sowjettruppen folgte nach Abzug der Sowjetunion ein Bürgerkrieg verschiedener Parteien, die das Machtvakuum nach dem Abzug der russischen Streitkräfte ausnutzen wollten. Anfang der 1990er Jahre traten die afghanischen Taliban (Taliban – Talibs – Religionsstudenten der Madrassas) auf. Die Taliban stammten überwiegend aus den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan. Sie waren und sind überwiegend muslimische Paschtunen und fundamentalistisch. Die Taliban unternahmen, versorgt und gedeckt von Saudi Arabien und Pakistan massive Angriffe gegen die Nordallianz. Mitglieder der Nordallianz waren die Partei der afghanischen sunnitischen Tadschiken, der schiitischen Hasara, der Usbeken und auch eine Partei sunnitischer Paschtunen. Sie wurde von Iran, USA, Russland und Usbekistan durch Waffen-, Munitions-, und Treibstofflieferungen unterstützt. Die Taliban errichteten ein islamisch geprägtes Regime in Kabul und dem Teil Afghanistans, das nicht von der Nordallianz beherrscht wurde. Dort richteten sie nach der Scharia, unterdrückten massiv Andersgläubige, aber vor allem Frauen, verboten westlichen Lebensstil und Unterhaltungselektronik, zerstörten Schulen, in denen Mädchen unterrichtet wurden und Denkmäler afghanischer Kultur. Sie wurden von Pakistan und Saudi Arabien massiv unterstützt und finanzierten sich auch durch Schmuggel aber vor allem durch Rauschgifthandel<sup>13</sup>. Nach dem 11. September 2001 griffen die USA aktiv im Kampf gegen die Taliban in Afghanistan ein, weil sie die Terror-Ausbildungslager von al Qaida und anderer Terrororganisationen (z.B. Haqqani) im afghanisch/pakistanischen Grenzgebiet zerstören wollten und die Auslieferung Osama bin Ladens verlangten. Sie vertrieben die Taliban und unterstützten die Bildung einer provisorischen Regierung in Kabul. Eine große Anzahl der Taliban war nach Pakistan geflüchtet, wo sie unterstützt und versorgt wurden und sichere Rückzugsgebiete (safe haven) hatten. Sie nutzten die quasi 'Offene Grenze' (Durand Line) zu Afghanistan in den pakistanischen autonomen Stammesgebieten (FATA), um in Afghanistan als Guerillas und Selbstmord-Attentäter gegen die USA und die Nato-Truppen zu kämpfen<sup>14</sup>. Diese bemühten sich, den Wiederaufbau Afghanistans zu unterstützen und durch Ausbildungshilfen für die Verwaltung, der Polizei und der Armee die Regierung zu stabilisieren und zu

befähigen, nach dem Abzug der USA/Nato-Truppen, der für 2014 geplant ist, die staatliche Entwicklung Afghanistans weiter zu führen.

Seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan haben ausländische Staaten (u.a. die USA, Russland, Pakistan, Saudi Arabien, Iran) entweder aktiv oder durch materielle Unterstützung direkt oder indirekt auf die Entwicklungen in Afghanistan Einfluss ausgeübt. Die geostrategische Bedeutung zeigt sich bereits in der Anzahl der angrenzenden Staaten. Afghanistan und die nördlich angrenzenden zentralasiatischen Länder sind Binnenländer, die über erhebliche Ressourcen an Gas, Erdöl und andere Bodenschätze verfügen. Pakistan, Indien aber vor allem China brauchen Gas und Öl für die industrielle Entwicklung, das durch Pipelines aus den zentralasiatischen Förderländern, aber auch aus dem Iran über Afghanistan zu den Verbraucherländer gebracht werden könnte. Afghanistan muss befriedet sein, damit Investoren den Ausbau der afghanischen Infrastruktur (Pipelines, Straßen, Industrieanlagen etc.) und eine wirtschaftlich/technologische Entwicklung ermöglichen.

**4.** Ein bedeutsamer Aspekt für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist die Unterstützung der Bauern. So lange der Anbau von Schlafmohn die überwiegende Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz ist, wird die Produktion und der illegale Handel mit Rauschgift einerseits die wichtigste Einnahmequelle der Taliban zur Finanzierung des subversiven Kampfes in Afghanistan und Pakistan bleiben, und andererseits die Korruption und die Macht der 'Drogenbarone' den Ansatz zum 'Nation Building' im fragilen Staat Afghanistan verhindern.

Die Bauern müssen zunächst in die Lage versetzt werden, den Unterhalt ihrer Familien mit subventionierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen - für die es eine Abnahmegarantie gibt - zu erwirtschaften.<sup>15</sup>

Darüber hinaus ist die einst vorhandene agrarische Infrastruktur durch die sowjetische Invasion, den Bürgerkrieg der 1990er Jahre und den Krieg der USA und der Nato-Truppen gegen die Taliban in erheblichem Umfang zerstört oder zusammen gebrochen. Deutlich wird das u.a. in der Provinz Helmand im südlichen Afghanistan.

Der Fluss Helmand wurde in den 1960er Jahren gestaut. Die „...< United States Agency for International Development> (USAID) beauftragt, einen Staudamm und 300 Meilen lange Bewässerungskanäle zu bauen, [...] . [...] erfolgreich und verwandelte 250000 Hektar Wüste in bebaubares Land, das sich schnell in den Obst – und Brotkorb Afghanistans verwandelte ...“.<sup>16</sup> Es gilt vor allem, solche Bewässerungssysteme wieder auf zu bauen und neue Anlagen zu schaffen.

Von der Gesamtfläche Afghanistans (652,230km<sup>2</sup>) sind ca. 12% landwirtschaftlich nutzbar, nur 5% davon sind bewässert, aber 78,5% der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft.<sup>17</sup>

**5.** Wenn der Prozess des 'Nation Building', der mit der Modernisierung und Entwicklung der afghanischen Wirtschaft einher geht, erfolgreich sein soll, muss zunächst der Schwerpunkt im agrarwirtschaftlichen Sektor liegen. Nur wenn es gelingt, den Drogensumpf trocken zu legen, verlieren die 'Drogenbarone' und ihre Organisationen ihre Machtbasis und die Taliban einen beträchtlichen Teil ihrer Mittel zur Finanzierung ihrer subversiven Aktionen. Auch die Terrornetzwerke al Qaida und Haqqani sind betroffen. Wenn Drogenhandel in Afghanistan nicht mehr lukrativ ist, werden Korruption und Bestechung engere Grenzen gesetzt.

*Anmerkung des Autors: Es ist rational nicht nachvollziehbar, dass die USA und ihre Verbündeten mehr als 10 Jahre nicht realisierten, dass den Taliban wichtige Ressourcen zur Kriegführung durch die Verhinderung des Drogenhandels entzogen werden könnten. Sie konnten sich auf keine wirksamen einheitlichen Strategien*

verständigen, etwa durch finanzielle Anreize den Bauern Alternativen zum Mohnanbau zu bieten. Die Ansätze verliefen im Sande, da das Geld bei den Bauern nicht ankam, zur Erweiterung der Anbaufläche genutzt wurde, oder die Bauern von den Drogenhändlern gezwungen wurden, Schlafmohn an zu bauen.<sup>18</sup> Vielmehr konnten aus Afghanistan unter den Augen der US- und Nato-Truppen, beispielsweise 2006/2007 mehr als 90% der weltweiten Heroinproduktion auf die Märkte geliefert werden.<sup>19</sup>

## II.



1. Pakistan ist der zweitgrößte muslimische Staat und der einzige, der Nuklearwaffen besitzt. Es hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben und gilt als Lieferant von Nuklear – und Raketentechnologie an Iran, Nordkorea und Libyen.<sup>20</sup>

Einzelheiten über Lagerung und Sicherung der pakistanischen nuklearen Sprengköpfe sind fast gänzlich unbekannt.

Die Bevölkerung, ca 190,300,000 setzt sich überwiegend aus folgenden ethnischen Gruppen zusammen:

Punjabi 44.68%, Pashtun (Pathan) 15.42%, Sindhi 14.1%, Sariaki 8.38%, Muhajirs 7.57%, Balochi 3.57%, andere 6.28%.

Pakistan hat eine Fläche von 796,095km<sup>2</sup>, davon sind landwirtschaftlich nutzbar: 24,44%.

**Natürliche Ressourcen:** Ackerland, umfangreiche Erdgas-Vorkommen, begrenzte Erdölvorkommen, Steinkohle von minderer Qualität, Eisenerz, Kupfer, Salz und Kalkstein.<sup>21</sup>

### **Streitkräfte<sup>22</sup>:**

<b>Gesamt:</b>	642,000
Heer	550,000
Luftwaffe	70,000
Marine	22,000
Paramilitär	304,000

Pakistans Strategische Kräfte (12,000-15,000 Mann) verfügen über Mittel- und Kurzstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen, können diese aber auch mit Flugzeugen vom Typ F-16A/B oder Mirage 5 einsetzen.

Heer:	9 Korps + Kommandozentralen
Luftwaffe:	13 Staffeln, ca. 450 Kampfflugzeuge
Marine:	8 U-Boote (konventionell) 10 Fregatten

Die Streitkräfte sind insgesamt modern ausgerüstet und Waffen und –systeme werden sowohl von den USA als auch von der VR China geliefert.

Die gesellschaftlichen, ethnischen und religiösen Konfliktlinien (*cleavages*) sind auch in den Streitkräften wirksam und lassen Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit entstehen.

**2.** Pakistan grenzt im Norden an die drei höchsten Gebirgszüge der Welt, den Hindukusch, das Karakorum und den Himalaya. Der Indus, aus dem Transhimalaya kommend, fließt in südlicher Richtung durch Pakistan. Zunächst durch die Provinz Punjab (die größte und wichtigste Provinz), die auch '5 –Stromland' genannt wird, weil mehrere große Flüsse dort vom Indus aufgenommen werden. Danach durch die Provinz Sindh und mündet schließlich im Arabischen Meer. Pakistan hat neben Karatschi den Hafen Gwadar, der von China ausgebaut wurde. Er ist bedeutend für die chinesische Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern. In Gwadar angelandete Rohstoffe und Energieträger können via Pipeline, Schiene oder Straße nach China transportiert werden und so Chinas Versorgungswege erheblich verkürzen.

Im Südwesten Pakistans liegt mit einer Grenze zu Afghanistan und Iran die größte aber auch ärmste Provinz Belutschistan, die reich an natürlichen Ressourcen ist. Der Staat erschließt die Rohstoffvorkommen aber die Rückflüsse nach Belutschistan sind gering. Die politischen Eliten Pakistans kommen überwiegend aus Punjab, daher haben Belutschen nur sehr geringen politischen Einfluss auf die Zentralregierung. Mitte der 1960er Jahre und den 1970er Jahren gab es Aufstände in Belutschistan, die von einer Befreiungsarmee für Unabhängigkeit geführt wurden. Während der Regierungszeit des General Musharraf wurden Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung besonders drastisch von der pakistanischen Armee bekämpft. Die Aufklärung der Vorgänge um die „verschwundenen Personen“ während der Musharraf Regierung dauern bis heute an. Dabei soll es um Hunderte von Personen gehen, die auf unerklärliche Weise verschwunden sind. Es soll sich nicht nur um Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung gehandelt haben.

Im Nordwesten liegt die Provinz Khyber Pakhtunkhwa (früher North-West Frontier Province (*NWFP*), zu der auch die **FATA**, *Federal Administered Tribal Areas* (Föderal verwaltete Stammesgebiete), mit einer langen gemeinsamen Grenze in unwegsamen, gebirgigen Regionen zu Afghanistan gehört. Die Bezeichnung **federal administered** ist in Wirklichkeit irreführend, denn der Einfluss der pakistanischen Regierung über die Politischen Agenten aus Islamabad ist hier nur eingeschränkt vorhanden.

**3.** Die politische, gesellschaftliche und soziale Lage in diesen Stammesgebieten ist Folge der britischen Kolonialpolitik, die diesen Stämmen Autonomie gewährte, weil sie sich vehement, gewaltsam und erfolgreich gegen die Versuche der Briten wehrten, den Stämmen eine britische Verwaltung und Jurisdiktion auf zu zwingen. Diese gesellschaftliche Lage hat sich insofern verändert, als die herkömmlichen 'geschlossenen' Stammesgesellschaften seit dem Dschihad gegen die russischen

Besitzer, dem Krieg zwischen der Nordallianz und den afghanischen Taliban und der amerikanischen und Nato Intervention in Afghanistan grundlegenden Änderungen unterworfen wurden. Charismatische und erfolgreiche Guerillaführer, Dschihadisten und radikale muslimische Geistliche gewannen an Autorität und etablierten sich erfolgreich in Konkurrenz zu den traditionellen Clan - oder Stammesführern (Maliks) in den FATA. In den Jahren 2004/5 beispielsweise festigten die pakistanischen Taliban ihre Herrschaft in Nord- und Südwestwaziristan. Sie verhielten sich dort, wie in Afghanistan in den 1990er Jahren, als sie u.a. Fernsehen, Musik und Internet verboten, Frauen massiv unterdrückten, Mädchenschulen verboten und vorhandene zerstörten. In dieser Zeit töteten sie 60 Stammesälteste und religiöse Führer, weil sie angeblich amerikanische Spione waren. 2006 wurden weitere 120 Stammesführer, die sich den Taliban widersetzen, ermordet.<sup>23</sup> Nach der Staatsgründung Pakistans verhinderte die Autonomie der verschiedenen Stämme und Feudalherren weitestgehend die nationale Integration und die Entwicklung eines Staatsbewusstseins in der pakistanischen Bevölkerung. Die Folge davon sind *Cleavages* (Konfliktlinien, Brüche) in der pakistanischen Gesellschaft. Diese Konfliktlinien verlaufen zwischen den Stämmen und deren traditioneller Macht – und Herrschaftsstruktur, zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen (arm/reich, Stadt/Land), zwischen den verschiedenen religiösen Strömungen, zwischen dem Militär und den demokratischen Kräften, zwischen Stämmen der FATA und den Terror – und Dschihadgruppen und radikal/extremistischen und gemäßigten politischen Kräften. Gleichzeitig entwickelte sich eine aversive Haltung gegenüber staatlichen Einflüssen.

4. Seit der Existenz Pakistans hat das Militär mehr als 30 Jahre das Land direkt regiert. In den Intervallen, in denen es gewählte zivile Regierungen gab, konnten sich diese nicht dem wirkungsvollen Eingreifen der Militärs vor allem bei Sicherheits- und Fragen zum nationalen Interesse entziehen. „... die Konferenz der Korpskommandeure der pakistanischen Armee [...] hat sich schleichend die Entscheidungsgewalt über Fragen des " vitalen nationalen Interesses" [...] angeeignet.“<sup>24</sup> Diese Kompetenz bezieht sich natürlich auch auf die Absetzung einer 'korrupten' Regierung.

Der Besitz von nuklearen Sprengköpfen, die Entwicklung von Kurz- und Mittelstrecken-Raketen, die als Trägersysteme für nukleare Sprengköpfe dienen und die nicht eindeutig geklärte Verfügungsgewalt über die nuklearen Kampfmittel hat die Rolle des Militärs noch gestärkt. Es ist in diesem Zusammenhang deutlich darauf hinzuweisen, dass Pakistan den '**Fissile Material Cut-off Treaty**' (FMCT - Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Nuklearwaffen) nicht unterschrieben hat und seinen Nuklearwaffenbestand laufend erhöht.<sup>25</sup>

Es wird auf den Vertrag (31.12.1988) zwischen Indien und Pakistan hingewiesen, der gegenseitige Angriffe auf Nuklearanlagen und – einrichtungen verbietet. Dieser Vertrag verpflichtet auch beide, Informationen über nukleare Anlagen und Einrichtungen auszutauschen. Der vertraglich vereinbarte Informationsaustausch scheint seit 1992 regelmäßig statt zu finden.

Die Verfügungsgewalt über die nuklearen Kampfmittel und das pakistanische Einsatzkonzept für diese Waffen scheinen nicht eindeutig zu sein. Das ursprüngliche Einsatzkonzept sah vor, bei einem massiven Angriff überlegener konventioneller indischer Streitkräfte und deren Vormarsch auf ostpakistanischem Gebiet nukleare Kampfmittel einzusetzen, um den Vormarsch zu stoppen. Staatspräsident Zardari erklärte 2008, dass Pakistan bereit sei, einer Einsatzkonzeption des „no first use“

nuklearer Kampfmittel zu zustimmen.<sup>26</sup> Das stand im Widerspruch zu der pakistanischen militärischen Doktrin, dass die überlegenen konventionellen indischen Streitkräfte nur durch nukleare Kampfmittel auf zu halten seien. Es ist unklar, ob die pakistanische militärische Führung der Erklärung Zardari's zustimmt. Nach Einschätzung der amerikanischen Botschafterin in Pakistan, war der damalige amtierende pakistanische Oberbefehlshaber Kayani nicht bereit, die Aussagen des Staatspräsidenten zu bestätigen.<sup>27</sup>

Die durch offensichtliche Widersprüche zwischen der politischen und der militärischen Führung über die Einsatzkonzepte und die Verfügungsgewalt der nuklearen Kampfmittel vorhandene Unsicherheit wird durch die Fragen nach Lagerung und Bewachung dieser Kampfmittel noch verstärkt. Die oben beschriebenen gesellschaftlichen Konfliktlinien verlaufen offensichtlich auch durch die Streitkräfte und es gibt Anzeichen für deren Unterwanderung durch Extremisten.<sup>28</sup> Das gibt berechtigten Anlass zu befürchten, dass nukleare Kampfmittel in die Hände extremistischer Terrorgruppen fallen, zumal berichtet wird, dass pakistanische Nukleareinrichtungen bereits drei Mal von Dschihadisten angegriffen worden sein sollen.<sup>29</sup>

**5.** Wenn in diesem Zusammenhang über Streitkräfte gesprochen wird, dann ist immer auch der die Streitkräfte übergreifende Geheimdienst ISI (Inter-Services Intelligence) betroffen, der die zentrale Machtposition innerhalb der Streitkräfte innehat. Er hat in Zusammenarbeit mit der CIA wesentlich bei der Rekrutierung, Ausbildung und Bewaffnung von Kämpfern für die afghanische Widerstandsbewegung gegen die russische Besatzung mitgewirkt. Die Mitwirkung bei der Unterstützung der afghanischen und pakistanischen Taliban seit 2002 ist bekannt und nachgewiesen.

Der Ex-General und spätere Staatspräsident (als Zivillist) Musharraf, der sich 1999 an die Macht geputscht hatte, war ab 2006 stark unter Druck geraten, weil die USA von ihm eine härtere Gangart gegen die Taliban forderten, vor allem eine Intensivierung der Suche nach dem Versteck von bin Laden. Die Islamisten bezeichneten ihn als Handlanger der USA (Bush-arraf).<sup>30</sup> In den amerikanischen Forderungen waren implizit und explicit die US Unterstützungszahlungen an Pakistan Gegenstand der Gespräche.

Musharraf ging 2008 ins Exil. Die nachfolgenden Parlamentswahlen 2008 ergaben eine Regierung der Pakistan Peoples Party (PPP) und die Wahl Zardari's zum Staatspräsidenten. Premierminister war Yousaf Raza Gilani, der 2012 wegen Missachtung des Obersten Gerichts (Supreme Court, SC) verurteilt und als Premierminister zurücktreten musste. Nachfolger wurde Raja Pervaiz Ashraf, nachdem der zunächst vorgeschlagene Kandidat wegen eines Haftbefehls im Rahmen eines Drogenskandals nicht mehr zur Verfügung stand. Die Vorgänge, die zum Sturz Gilanis führten und die Rolle, die der Chief Justice des SC dabei spielte, offenbaren ein anderes Verständnis vom Verhältnis der Judikative zur Legislative als es üblicherweise in westlichen Demokratien vorherrscht.

Bei den Wahlen 2013 siegte die Muslimliga PML-N mit Nawaz Sharif deutlich und gewann eine starke Mehrheit im mit insgesamt 342 Sitzen starken Parlament. Zum Ende der Amtszeit des Staatspräsidenten Zardari wurde Mamnoon Hussain gewählt. Es ist durchaus bemerkenswert, dass 2013 ein ziviler Regierungswechsel als Folge einer Mehrheitsveränderung im Parlament stattfand.

Die veränderten Mehrheitsverhältnisse in der zentralen Regierung scheinen keine wirksamen Veränderungen der innerstaatlichen Verhältnisse zu bewirken. Der Premierminister Sharif will vor allem Terror- und Gewaltakte verhindern und bemüht



sich um Gespräche mit den Taliban. Diese Politik des Premierministers ist nicht unumstritten, zumal er mit seiner Ankündigung einer militärischen Offensive im März 2014 in Südwaziristan gegen die pakistanischen Taliban, diesen reichlich Zeit und Gelegenheit verschafft, nach Norden in den FATA oder nach Afghanistan auszuweichen.

„Against the PML-N’s policy of negotiating with the Pakistan Taliban, the Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), many now are advocating a more aggressive approach. As well-known Lahore-based journalist Ahmed Rashid writes for the BBC, “the violence is unsparing, unprecedented and reaching frightening proportions.” Rashid argues for a zero tolerance policy for all terrorist groups, arguing that the PML-N’s policy towards ending the insurgency is “dithering.” According to Rashid, a military offensive against militants appears to be the only option in the face of such appalling violence.“<sup>31</sup>

Diese Bewertung erscheint zutreffend, denn während die Taliban Unterhändler ihre Bedingungen<sup>32</sup> für die von Sharif initiierten Verhandlungen präsentieren, (Taliban demand ‘Islamic system’) verüben sie blutige Terrorattacken. (Taliban bomb cops bus.)<sup>33</sup> Die Forderungen der Taliban laufen auf die bedingungslose Konversion des jetzigen pakistanischen Regierungssystems auf ein wie immer definiertes islamisches System hinaus.

Die innenpolitische Situation Pakistans, auch außerhalb der FATA, ist gekennzeichnet durch Terror- und Attentatsaktionen extremistischer Gruppen. Im ersten Quartal 2013 gab es 537 Tote durch Bombenanschläge.<sup>34</sup> Im Verlauf des Jahres 2013 hat sich die Terrorlage im Vergleich zum ersten Quartal und die damit verbundene Zahl von Opfern nicht substantiell verändert.<sup>35</sup> Die oben erwähnten Verhandlungen einer Regierungskommission mit den Taliban werden begleitet von Terrorattacken der Taliban gegen pakistanische Sicherheitskräfte. Danach werden die Verhandlungen ausgesetzt und der beiderseitige Verzicht auf jedwede Gewaltaktion gefordert. Es ist zu erwarten, dass dieser Teufelskreis von Verhandlungen, Gewaltakten der Taliban (oder anderer Terrornetzwerke), ausgesetzten Verhandlungen, erneut aufgenommenen Verhandlungen nach Zusicherung von Gewaltfreiheit, unterbrochen von erneuten Terrorakten sich endlos fortsetzt.

Die Staatlichkeit Pakistans ist nach *Foreign Policy*<sup>36</sup> gefährdet. Pakistan ist auf dem Weg zu einem versagenden Staat, wenn es nicht gelingt, die in den FATA agierenden Terrorgruppen zu kontrollieren, die Außengrenzen (insbesondere die zu Afghanistan - Durand Line) Pakistans streng zu kontrollieren, Rechtsstaatlichkeit herzustellen und durchzusetzen, die Entwicklung zu fördern und die gesamte Gesellschaft daran partizipieren zu lassen.<sup>37</sup>

### III. Die Konflikte.

1. Einer der maßgeblichen Gründe für diesen langanhaltenden, verfestigten Konflikt Afghanistan/Pakistan liegt in der Politik der Kronkolonie British India, die 1893 die Grenze zu Afghanistan willkürlich festlegte und keine Rücksicht auf die Siedlungsgebiete der dort traditionell lebenden Stämme nahm (z.B. die Paschtunen). „Paschtunen, die größte Ethnie Pakistans, sind seit der willkürlichen Grenzziehung der Briten von 1893 auf Pakistan und Afghanistan verteilt. „Auf beiden Seiten träumt man von einem „Groß-Paschtunien“ und in Kabul zögern die fundamentalistischen Aktivisten nicht, die Massen zu manipulieren, um die Zentralregierung zu schwächen und das Land zu destabilisieren.“<sup>38</sup> Die Versuche der Briten, die Stämme zu kontrollieren und unter koloniale Herrschaft zu bringen, scheiterten am Widerstand

der Stämme. Die Grenze ( Durand Linie, 1893 nach Sir Henry Mortimer **Durand**, dem Außenminister von British India,) zu Afghanistan als Westgrenze der Kronkolonie, sollte gleichzeitig auch russischen Einfluss in der Region begrenzen (Das sogenannte GREAT GAME am Ende des 19. Jahrhunderts)<sup>39</sup>. Der Grenzvertrag der Briten mit dem König von Afghanistan 1893 war englisch abgefasst, vom afghanischen König unterzeichnet (obwohl der König kein Englisch sprach) und sollte 100 Jahre gelten. Der Grenzvertrag wurde später von Afghanistan annulliert.

Das Ende der britischen Kolonie British India brachte die Unabhängigkeit der Indischen Union parallel zur Entstehung des Staates Ost-und West Pakistan, dessen Westgrenze auch die ursprüngliche Westgrenze der britischen Kolonie zu Afghanistan war. Pakistan wurde als Staat gegründet, um den muslimischen Bewohnern im überwiegend hinduistischen Indien eine neue Heimat zu geben. Tatsächlich wanderten etwa 10 Millionen Menschen von Indien nach Pakistan und umgekehrt. Eine konsequente Trennung von Hindus und Muslime fand jedoch nicht statt, denn noch heute sind ungefähr 13% der indischen Bevölkerung muslimisch.

2. Pakistan hat seit 1947 vier Kriege gegen Indien geführt. Alle Kriege waren direkt oder indirekt von Pakistan initiiert. In diesen Kriegen ging es auch vorder-oder hintergründig um die Integration von Kaschmir in den pakistanischen Staat. Keiner dieser Kriege war für Pakistan erfolgreich. Der Krieg 1971 endete mit der Gründung des Staates Bangladesch im ehemaligen Ostpakistan. Das Bedrohungsszenario der pakistanischen militärischen Führung sieht nur die Indische Union. Entsprechend sind auch die Massierungen und Dislozierungen der pakistanischen Streitkräfte im indisch/pakistanischen Grenzgebiet. Dabei macht die geostrategische Lage Pakistans deutlich, warum die pakistanische militärische Führung glaubt, Afghanistan könne die scheinbar essentiell notwendige 'Strategische Tiefe' liefern. Es ist besonders erwähnenswert, dass der bisher letzte pakistanisch/indische Krieg 1999 geführt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatten beide Staaten bereits nukleare Kampfmittel und haben in dem Zusammenhang immer das Wort 'Krieg' vermieden. Nach Vorstellungen großer Teile der pakistanischen politischen Eliten ist eine wohlwollend kooperierende afghanische Regierung essentiell für die Sicherheit des Staates, da es in der scheinbar unvermeidlichen Auseinandersetzung mit Indien Afghanistan als strategischen Rückraum (Strategische Tiefe) betrachtet. Das ist bei dem heutigen waffentechnologischen Stand und den Szenarien symmetrischer Kriege eine anachronistische strategische Überlegung.<sup>40</sup> Diese Vorstellung ist immer noch bei höheren pakistanischen Offizieren vorhanden, obwohl sie an westlichen Militärakademien, in Deutschland zum Beispiel an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet wurden. Die Vorstellung in den strategischen Überlegungen Pakistans über die Rolle Afghanistans in zukünftigen pakistanisch/indischen Kriegen ist für das Verhältnis Afghanistan/Pakistan in diesem Zusammenhang besonders konfliktträchtig.

3. Zu einem wesentlichen Merkmal des funktionierenden Staates gehört u.a. die Fähigkeit, die Staatsgrenzen zu sichern. Weder Pakistan noch Afghanistan sind derzeit in der Lage oder Willens, ihre gegenseitige Grenze zu sichern und wirkungsvoll zu kontrollieren. Afghanistan fehlen die entsprechend ausgebildeten und ausgerüsteten Kräfte, vor allem in den Abschnitten, die an die pakistanischen FATA grenzen. Pakistan schützt seine Westgrenze zu Afghanistan nicht wirkungsvoll. Die Verfassung erlaubt nur dem Staatspräsidenten Anweisungen zur Administration der FATA zu erlassen. Vom Parlament beschlossene Gesetze gelten nicht in den FATA.

Das pakistanische Strafgesetzbuch gilt ebenfalls nicht, sondern die `Frontier Crimes Regulation` von 1901 der britischen Kolonialmacht. Die FATA sind ein Konfliktherd in der Khyber Pakhtunkhwa Provinz, die autonome Sonderstellung sollte aufgehoben werden und die pakistanische Verfassung uneingeschränkt auch dort gelten. Falls Pakistan seine Westgrenze wirksam kontrollieren wollte, müssten dazu Truppen, die im pakistanisch/indischen Grenzgebiet disloziert sind in die FATA verlegt werden. Diese Option scheint für Pakistan jetzt nicht real, weil die pakistanische Militärführung die indische Bedrohung als Argument für die Präsenz der Streitkräfte zur Grenzsicherung braucht. Es gibt wohl auch interne Widerstände innerhalb der pakistanischen Streitkräfte gegen eine permanente Stationierung von größeren Truppenkontingenten in den FATA, weil angenommen wird, dass unter den Soldaten und Offizieren Sympathisanten der Taliban und der Terrornetzwerke al Qaida oder Haqqani sind.

Es müssen die indisch/pakistanischen Beziehungen durch vertrauensbildende Maßnahmen beider Seiten verbessert werden. Diplomatische Aktivitäten der USA könnten dazu beitragen, dass Indien seine Truppenverbände im Grenzgebiet zu Pakistan reduziert, denn auch die USA sind daran interessiert, dass sich das Verhältnis Pakistan/Indien entspannt. Indien spielt jetzt schon eine Rolle beim Wiederaufbau Afghanistans, wird dabei aber misstrauisch von Pakistan beobachtet und durch Handelsbeschränkungen behindert. So können zwar jetzt Waren von Afghanistan auf dem Landweg durch Pakistan zu einem festgelegten pakistanisch/indischen Grenzübergang verbracht werden, Fracht muss dort aber auf indische Lastwagen umgeladen werden. Waren aus Indien für Afghanistan dürfen nicht auf dem Landweg von Indien durch Pakistan nach Afghanistan transportiert werden.<sup>41</sup> Sie können nur auf dem Luftweg oder über die indischen, pakistanischen oder iranischen Häfen und dem Landweg auf vorgeschriebenen Routen nach Afghanistan transportiert werden.

**4.** Die vom afghanischen Präsidenten initiierte Kampagne gegen die USA und die Weigerung, das ausgehandelte Sicherheitsabkommen zu unterschreiben, erhöht das Risiko eines Bürgerkrieges bei einem kompletten Abzug der US Streitkräfte erheblich. Die Afghanische National Armee (*Afghan National Army, ANA*) wird gegen die verstärkt wieder auftretenden, subversiven Taliban, die aus den FATA (Pakistan) über die Durand Line nach Afghanistan einsickern, kaum wirkungsvolle Aktionen unternehmen können, wenn sie nicht von US- oder Nato Beratern/Ausbildern unterstützt werden. In einigen Landesteilen, vor allem im Süden Afghanistans, sind die Taliban selbst während der Anwesenheit der US- und Nato-Streitkräfte aktiv und die Landesteile sind nicht befriedet. Der Verfasser hat in „Krieg in Afghanistan – kein Ende in Sicht“ weitere Gründe aufgeführt, warum die afghanischen Sicherheitskräfte nicht erfolgreich den fragilen afghanischen Staat stabilisieren können.<sup>42</sup>

Der vollständige Abzug der US – Streitkräfte aus Afghanistan wird auch Folgen für die Nato-Länder haben, die ursprünglich ihre Bereitschaft erklärt haben, eine bestimmte Anzahl an Ausbildern und Beratern für die afghanischen Sicherheitskräfte, auch nach dem allgemeinen Truppenabzug in Afghanistan zu belassen. Der Außenminister der Bundesrepublik hat schon klar zu erkennen gegeben, dass die BRD bei völligem Abzug der USA keine Möglichkeit sehen, ihr geplantes Kontingent an Beratern und Ausbildern in Afghanistan zu belassen.<sup>43</sup>

Wenn die afghanische Regierung den Konfrontationskurs gegen die USA weiterführt, könnten sich die Amerikaner gezwungen sehen, die erheblichen finanziellen Mittel (ca US\$ 2,5 Milliarden jährlich), die jetzt von den USA aufgebracht werden, um beispielsweise die *Afghan National Army* aufzubauen, auszurüsten und die laufenden Kosten zu decken, auch aus innenpolitischen Gründen wesentlich zu

kürzen. Wenn die afghanische Regierung die Soldaten nicht bezahlen kann, werden Angebote der Taliban, von Warlords und/oder Drogenbaronen sicher für sie verlockend sein.

#### **IV. Ausblick.**

1. Im Gegensatz zu Pakistan hat Afghanistan eine lange vielschichtige und vielfältige kulturelle und politische Vergangenheit als 'Drehscheibe' in Südasien. Es hat sich durch einen mehr als 30jährigen Krieg zu einem fragilen Staat entwickelt. Pakistan entstand erst 1947 als Staat durch Verwaltungsdekret der britischen Kolonialmacht. Pakistan ist der einzige muslimische Staat, der Nuklearwaffen besitzt und hat u.a. den Weiterverbreitungsvertrag (Non - Proliferation Treaty) nicht unterschrieben. Pakistan ist gleichfalls ein fragiler Staat und wird in dem Index 'Gescheiterter Staaten' von 'Fund For Peace' (FFP) auf Position 13 geführt.<sup>44</sup> Der gravierende Unterschied in der Fragilität Afghanistans und Pakistans sind Pakistans Nuklearwaffen. Der desolate Zustand der Inneren Sicherheit in Pakistan begründet die Befürchtung, dass nukleare Kampfmittel in die Hände von Terroristen fallen und damit eine reale weltweite Bedrohung sind.

Beide Staaten sind Mitglied der **South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC)**. Andere Mitgliedstaaten sind **Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Pakistan, Nepal und Sri Lanka**. **Afghanistan** ist Mitglied seit 1985 durch besondere Unterstützung von Indien.

Neben den Mitgliedstaaten gibt es eine Anzahl von Staaten mit Beobachterstatus. Es sind: Australien, VR China, Europäische Union, Iran, Japan, Südkorea, Mauritius und Myanmar.

Ziele der Kooperation sind

- Förderung der Lebensqualität der südasiatischen Völker, des wirtschaftlichen Wachstums, des sozialen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung,
- Sicherung der Entwicklung individueller Fähigkeiten und eines Lebens in Würde,
- Förderung und Stärkung des Selbstvertrauens der südasiatischen Staaten, Schaffung gegenseitigen Vertrauens und das Verständnis für Probleme des Anderen,
- Förderung aktiver Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung in wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, technologischen und wissenschaftlichen Bereichen,
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsländern,
- Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen mit ähnlichen Zielen und Zwecken.<sup>45</sup>

2. Ein weiteres Regime<sup>46</sup>, das sowohl für Afghanistan aber auch für Pakistan ein wichtiges Forum sein kann, um die lang anhaltenden Konflikte zwischen beiden Ländern zu entschärfen und die Gefahr der Entwicklung zu scheiternden Staaten zu überwinden, ist die **Shanghai Cooperation Organisation (SCO)**. Die Mitglieder sind **VR China, die Russische Föderation, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan**. Beobachter sind Indien, Iran, Pakistan, Afghanistan und die Mongolei. Die Ziele der SCO sind<sup>47</sup>

- Vertrauensbildende Maßnahmen der Mitglieder untereinander,
- Zusammenarbeit auf politischen, wirtschaftlichen (hier vor allem energiewirtschaftlichen), sozialen, wissenschaftlich-technologischen, kulturellen, ökologischen und touristischen Gebieten,

- Mitglieder tragen zu Frieden und Sicherheit der Region bei, friedliche Regelungen bei Grenzstreitigkeiten.<sup>48</sup>

Drei der direkt an Afghanistan grenzenden zentralasiatischen Staaten (Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan) haben ein besonderes Interesse daran, dass der aus Afghanistan durch ihre Länder laufende Drogenschmuggel unterbunden wird. Der Drogenhandel im Grenzgebiet dieser Staaten ( als drastisches Beispiel wird Tadschikistan, das ärmste aller ehemaligen Sowjetrepubliken gewählt) destabilisiert die politische Lage, weil die Korruption durch den Drogenhandel stark gefördert wird und die sozialen Folgen durch den Drogenkonsum katastrophale Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Diese Staaten haben auch ein Problem mit der medizinischen Versorgung Drogenabhängiger.<sup>49</sup>

3. Schon 2001 wurde im Rahmen einer UN Aktion eine 'Afghanistan Kontaktgruppe 6+2' gegründet. Mitglieder waren die 6 an Afghanistan direkt angrenzenden Staaten **Iran, VR China, Pakistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan**, sowie die **Russische Föderation** und die **USA**. 2008 schlug der usbekische Präsident Karimow vor, die Arbeit dieser Gruppe mit dem zusätzlichen Mitglied „Nato“ neu zu beleben. Auch hier war einer der Motivationsstränge der Drogenhandel, der auch die anderen zentralasiatischen Nachbarländer Afghanistans erheblich destabilisierte. Auch der Iran hat vor allem in den östlichen Regionen Drogenprobleme, weil der Drogenschmuggel auch über die iranisch/afghanische Grenze verläuft. Der Drogenschmuggel hat zu einer hohen Anzahl Drogenabhängiger, vor allem Jugendlicher im Iran geführt.<sup>50</sup> Iran hat erst kürzlich die für den Drogenhandel und den Besitz von Drogen geltenden Strafgesetze drastisch verschärft.

## V. Fazit.

Es liegt im Interesse der beiden asiatisch/pazifischen Großmächte VR China und USA, die akuten 'hot spots' Af/Pak ab zu kühlen, denn wie o.a. besteht die Gefahr, dass nukleare Kampfmittel in die Hände von Terrornetzwerken wie z.B. al Qaida oder Haqqani fallen. Es gilt aber auch, das Nation - Building in Afghanistan nach 30 Jahren Krieg in einem befriedeten Umfeld zu unterstützen. Afghanistan sollte wieder Drehscheibe für wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen Südasiens zu Zentralasien, dem Iran und Ostasien sein, die es für Jahrhunderte gewesen ist. Pakistan und Indien sollten bei kooperativen Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen unterstützt werden, denn diese scheinbar unauflösbare Konfliktsituation ist anachronistisch. Seit 1947 wurden keine ernsthaften, kooperativen Verhandlungen geführt, um die Kaschmir-Frage zu lösen. Die Kaschmirfrage kann nur zwischen Pakistan und Indien, wie es der UNO-Vorschlag vorsieht, einvernehmlich und gewaltfrei gelöst werden. Pakistan sollte auf diplomatischem Wege die indischen Befürchtungen über einen erneuten Angriff zu zerstreuen suchen. Unterstützt könnten Pakistans diplomatische Bemühungen von der VR China werden, die Indien Garantien für eine gewaltfreie Lösung der chinesisch/indischen Grenzstreitigkeiten geben sollte. Wenn Indien das jetzt gültige Einsatzkonzept der Streitkräfte, den Zweifrontenkrieg gegen Pakistan und China modifizieren kann, weil die Wahrscheinlichkeit eines Zweifrontenkrieges gegen „Null“ gegangen ist, könnten die indischen Streitkräfte im indisch/pakistanischen Grenzgebiet reduziert werden. Das gäbe Pakistan die Möglichkeit, mehr Truppen zur Kontrolle der Westgrenze Pakistans einzusetzen und gleichzeitig die Taliban und Terrornetzwerke in den FATA zu kontrollieren.

**Anmerkung des Autors:** Eine starke Präsenz pakistanischen Militärs in den FATA ist auch für China von Interesse, denn die ETIM (East Turkestan Islamic Movement,

oder auch TIP Turkestan Islamic Party), eine als radikal eingestufte separatistische Terrororganisation, hat in der FATA Ausbildungslager. Dieser Terrororganisation werden eine Reihe von Anschlägen in jüngster Zeit in der chinesischen Provinz Xinjiang angelastet.<sup>51</sup>

Die oben beschriebenen Foren, Regime und Institutionen, aber auch die Vereinten Nationen, die Weltbank, der Internationale Währungsfond, die Welt-Handelsorganisation, die G8 und G20 und viele mehr – sie alle könnten zur Lösung der AF/PAK-Konflikte beitragen. Ohne die Verständigung der USA und der VR China im Rahmen ihrer regelmäßigen Treffen, des Strategic and Economic Dialog´s (SED) über politische und diplomatische Aktionen zur Lösung des AF/PAK –(gordischen) Knotens wird es hier keine Fortschritte geben. China fällt dabei eine besondere Rolle zu – die besondere Beziehung zu Pakistan. Dem Anti-Amerikanismus in Pakistan, aber auch in Afghanistan, steht das positive Image Chinas gegenüber.

Die Vorstellung einer Kooperation China´s und der USA im Internationalen System, mit vereinbarten gemeinsamen Zielen, so wie diplomatisch und politisch abgestimmten Maßnahmen, stößt vor allem bei Publizisten häufig auf Widerspruch. Das nationale außenpolitische Rollenkonzept China´s, das u.a. Schwerpunkte auf Konsultationen und Kooperationen legt<sup>52</sup>, scheint Modifikationen dahin gehend zu erfahren, dass China nun auch unter bestimmten Bedingungen bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.<sup>53</sup>

Dieses Verhalten ist abweichend von der 24 Character Strategie Deng Xiaoping´s: „Observe calmly; secure our position; cope with affairs calmly; hide our capacities and bide our time; be good at maintaining a low profile and never claim leadership.“ Later, the phrase, “make some contributions (you suo zuo wei)” was added.<sup>54</sup> Es ist nicht die erste Abweichung von dieser Strategie, wenn China gemeinsam mit den USA eine führende Rolle zu einem Konfliktlösungsmodus für Af/Pak übernehme. 2006 wurde in einem Kongress „Central Work Conference on Foreign Affairs (FAWC)“ der KPC (Kommunistische Partei China´s) Chinas zunehmende außenpolitische Bedeutung in einer globalisierten Welt betont.<sup>55</sup> Auch der Begriff Abschreckung, der in der KPC und der VBA (Volksbefreiungs-Armee – People´s Liberation Army, PLA) nicht verwendet wurde, erfuhr einen Wandel. Wurde er vorher mit ´ungerechter´ Krieg, Aggression und Imperialismus verwendet, so wurden jetzt militärische Ausbildung, Manöver und Übungen der VBA, Waffentests und –demonstrationen auch als Mittel einer Form der Abschreckung zur Kriegsverhinderung gesehen.<sup>56</sup> Die öffentlichen Darbietungen um den aufgerüsteten, ursprünglich ukrainischen Flugzeugträger, die Vorführungen der neuesten Kampfflugzeugentwicklungen J-10 und J-20 auf den Flugschauen in Konkurrenz zu russischen oder gar westlichen Modellen machen deutlich, dass China damit als Großmacht Eindruck machen will und seine Leistungsfähigkeit nicht versteckt. In diesem Zusammenhang sollte auch auf die sino-amerikanische Kooperation beim Kampf gegen den Klimawandel hingewiesen werden. Auch hier spielt der strategisch-ökonomische Dialog China-USA eine besondere Rolle.<sup>57</sup>

## Endnoten.

<sup>1</sup>The New York Times. Magazine.

[http://www.nytimes.com/2009/04/26/magazine/26wwln-safire-t.html?\\_r=3&](http://www.nytimes.com/2009/04/26/magazine/26wwln-safire-t.html?_r=3&)

<sup>2</sup> Vgl. CIA World Fact Book. Afghanistan. 06.11.2012. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pk.html>

<sup>3</sup> The Military Balance. IISS. London, 2012.

<sup>4</sup> Vgl. RP Online.de. Das ist Hamed Karsai. 12. Januar 2014. <http://www.rp-online.de/politik/ausland/das-ist-hamid-karsai-bid-1.2121514>

<sup>5</sup> Vgl. Islamic Republic of Afghanistan. The Constitution of Afghanistan. Chapter 3. <http://www.afghanembassy.com/pl/afg/images/pliki/TheConstitution.pdf> 12.01.2014 12:45L.

<sup>6</sup> Vgl. Spiegel Online Politik. Karzais Anti-Amerika-Äußerungen: **US-General alarmiert Truppen in Afghanistan**. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-us-general-alarmiert-truppen-nach-karzai-aeusserungen-a-889005.html> 19.01.2014 12:45L

<sup>7</sup> Vgl. Reuters. Edition US. Afghan ministers will not sign US pact unless demands met: Karzai. <http://www.reuters.com/article/2013/12/04/us-afghanistan-usa-idUSBRE9B308420131204>

<sup>8</sup> Zeit online Ausland. Loja Dschirga stimmt für Sicherheitsabkommen mit USA. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/loja-dschirga-afghanistan> 19.01.2014 13:30

<sup>9</sup> Vgl. Ebda.

<sup>10</sup> Siehe: An interview with the deputy head of Paktika province **Islamic Emirate of Afghanistan**. <http://shahamat-english.com/~shahamat/index.php/interviwe/41004-an-interview-with-the-deputy-head-of-paktika-province> Monday, 20 January 2014 15:05

<sup>11</sup> Siehe Rashid, Ahmed: Sturz ins Chaos. Afganistan, Pakistan und die Rückkehr der Taliban. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010. (= Schriftenreihe Band 1086). S. 221.

<sup>12</sup> Vgl. Sieff, Kevin: Washington Post. Interview: Karzai says 12-year Afghanistan war has left him angry at U.S. government. 03. March 2014. <http://www.washingtonpost.com/world/interview-karzai-says-12-year-afghanistan-war-has-left-him-angry-at-us-government> 4. März 2014 14:05L.

<sup>13</sup> Vgl. Rashid, Ahmed: Taliban. Afghanistans Gotteskämpfer und der neue Krieg am Hindukusch. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010. (= Schriftenreihe Band 1087) S. 45ff.

<sup>14</sup> Vgl. Rashid, Ahmed: Sturz ins Chaos. S. 65-67.

<sup>15</sup> Vgl. **Massoud Ahmad Zia, Cooper, Christian H.**: A New Plan for a New Afghanistan, 1. May 2013. In The Diplomat. <http://thediplomat.com/2013/05/a-new-plan-for-a-new-afghanistan/> 12.03.2014.12:26L

<sup>16</sup> Siehe Rashid: Sturz in Chaos S.200/201.

<sup>17</sup> Vgl CIA World Fact Book. 14.1.2014.

<sup>18</sup> Vgl. Rashid: Sturz ins Chaos. S. 212

<sup>19</sup> Vgl. Ders. S.201.

<sup>20</sup> Vgl. Ferguson, Charles, D.: Preventing Catastrophic Nuclear Terrorism. In: CSR NO. 11, MARCH 2006. COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS. S.4. [www.cfr.org/content/publications/attachments/NucTerrCSR.pdf](http://www.cfr.org/content/publications/attachments/NucTerrCSR.pdf)

<sup>21</sup> Vgl. CIA World Fact Book. 06.11.2012 1500.

<sup>22</sup> Vgl. IISS. The Military Balance 2012. Pakistan. London, 2012. 20.12.2012 1200.

<sup>23</sup> Vgl. Rashid, Ahmed: Sturz ins Chaos. S.173-176

<sup>24</sup> Vgl. Wilke, Boris: Pakistan: Scheiternder oder „überentwickelter“ Staat? In: Schneckener, U. Hrsg. Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern. S.306.

<sup>25</sup> Vgl. Neha Kumar Tiwari: Pakistan´s Nuklear Weapons. Why the United States cannot take them over. In: World Affairs Spring 2013 (Jan-Mar) Vol. 17 No.1. S. 139.

<sup>26</sup> Vgl. Myra MacDonald: Zardari says ready to commit to no first use of nuclear weapons. In: Reuters Edition US. NOVEMBER 22, 2008. <http://blogs.reuters.com/pakistan/2008/11/22/zardari-says-ready-to-commit-to-no-first-use-of-nuclear-weapons/> 04.01.2014 13:40L.

<sup>27</sup> siehe Fußnote 23.

<sup>28</sup> Vgl. The Enemy within. In: The Nation. April 04, 2013. <http://www.nation.com.pk/editorials/04-Apr-2013/the-enemy-within> 10.02.2014 1550L.

<sup>29</sup> Vgl. Zit.nach Vinod Saigal: Afghanistan: There is no End Game. In: World Affairs 2013. Vol. 17 No.1. S. 151.

<sup>30</sup> Vgl. Vgl. Koebl, Susanne/Ihlau, Olaf: Geliebtes ‚dunkles Land. Menschen und Mächte in Afghanistan. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2008. (= Schriftenreihe Band 713).

- 
- <sup>31</sup> Vgl. Christopher Ernest Barber: Pakistan: Combating the Terror. In: The Diplomat. February 07, 2014. <http://thediplomat.com/2014/02/pakistan-combating-the-terror/> 08.02.2014 21:45L
- <sup>32</sup> Vgl. Taliban demand 'Islamic system'. In: The Nation, 10.02.2014. <http://www.nation.com.pk/national/10-Feb-2014/taliban-demand-islamic-system> 14.02.2014 13:30L
- <sup>33</sup> Vgl. On 'peace journey', Taliban bomb cops bus. February 14, 2014 MANSOOR KHAN/AGENCIES. 13 Karachi policemen martyred in morning blast caused by explosives-laden van | TTP says revenge attacks to continue. <http://www.nation.com.pk/national/14-Feb-2014/on-peace-journey-taliban-bomb-cops-bus> 14.02.2014 13:40L
- <sup>34</sup> Vgl. 537 killed in 54 bomb blasts across Pakistan during Jan-March. English.news.cn 2013-04-01. [http://news.xinhuanet.com/english/world/2013-04/01/c\\_132275005.htm](http://news.xinhuanet.com/english/world/2013-04/01/c_132275005.htm)
- <sup>35</sup> Bewertung des Verfassers basierend auf Auswertung der Medien in Pakistan und China.
- <sup>36</sup> Vgl. <http://www.foreignpolicy.com/failedstates>
- <sup>37</sup> Vgl. Vorbach, Frank: Pakistan – ein gescheiterter Staat. <http://f104bach.de>
- <sup>38</sup> Siehe Gérard, Mathilde: Der Afghanische Springer. In: CAFEBABEL, 27. September 2005. <http://www.cafebabel.de/artikel/der-afghanische-springer.html> 09.03.2014 12:00L
- <sup>39</sup> Vgl. Conrad J. Schetter Kleine Geschichte Afghanistans. München <sup>2</sup>2007.
- <sup>40</sup> Vgl. Koebel, Susanne/Ihlau, Olaf: Geliebtes ,dunkles Land.
- <sup>41</sup> Vgl. Afghanistan Pakistan Transit Trade Agreement(APTTA). <http://customs.mof.gov.af/en/page/1010> 25.02.2014 12:00L
- <sup>42</sup> Vgl. Vorbach, Frank: Krieg in Afghanistan – kein Ende in Sicht. [http://f104bach.de/?page\\_id=51](http://f104bach.de/?page_id=51)
- <sup>43</sup> Ohne Abkommen keine weitere Hilfe. In: <http://www.tagesschau.de/ausland/steinmeier-interview104.html> 08.03.2014 18:00
- <sup>44</sup> Vgl. The Failed States Index 2013. <http://ffp.statesindex.org/rankings-2013-sortable> 14.3.2014 12:40L
- <sup>45</sup> Vgl. <http://www.saarc-sec.org/SAARC-Charter/5/>
- <sup>46</sup> Vgl. Auth, Günther. Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. „...die sogenannten Regime, basieren auf gemeinsamen Prinzipien und Normen, ferner beinhalten sie konkrete Regeln und Verfahren zur Kommunikation und Entscheidungsfindung.“ S.66.
- <sup>47</sup> Vgl. Scheineson, Andrew: The Shanghai Cooperation Organization. 24.03.2009. In: Counsel on Foreign Relations. <http://www.cfr.org/china/shanghai-cooperation-organization/p10883#p5> 12.03.2014.
- <sup>48</sup> Vgl. SCO Webb Site. <http://www.sectsco.org/EN123/> 13.03.2014 17:00L
- <sup>47</sup> Vgl. Michel/earthlink: Tadschikischer Soldat kommt bei Kämpfen mit Drogenhändlern ums Leben. 11.01.2013. In Drogen Macht Welt Schmerz. <http://www.drogenmachtweltschmerz.de/2013/01/11/tadschikischer-soldat-kommt-bei-kaempfen-mit-drogenhaendlern-ums-leben/> 13.03.2014L
- <sup>50</sup> Vgl. Rashid, Ahmed: Sturz ins Chaos. S. 214ff
- <sup>51</sup> Vgl. Beina Xu, Online Writer/Editor, Holly Fletcher, and Jayshree Bajoria 03.12.2013. The East Turkestan Islamic Movement(ETIM) In: Counsel on Foreign Relations. <http://www.cfr.org/china/east-turkestan-islamic-movement-etim/p9179> 19.03. 2014 12:50L.
- <sup>52</sup> Vgl. Vorbach, Frank: Perspektiven der Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China im asiatisch/pazifischen Raum. Eine rollentheoretische Untersuchung. München 2010. Band 1, S. 55/56. Magisterarbeit.
- <sup>53</sup> Vgl. Xinhuanet. English news.cn/2013-09-18 10:08:00/ Editor: Yang Lina: China-US cooperation key for facing global megatrends: report. [http://news.xinhuanet.com/english/china/2013-09/18/c\\_132730701.htm](http://news.xinhuanet.com/english/china/2013-09/18/c_132730701.htm) 20.03.2014 12:00L
- <sup>54</sup> Vgl China succeeds with 24 character policy. <http://www.merineews.com/article/china-succeeds-with-24-character-policy/15785006.shtml&cp>
- <sup>55</sup> Vgl. Glaser, Bonnie S.: Ensuring the „Go Abroad“ Policy Serves China’s Domestic Priorities.In: The Jamestown Foundation. China Brief. Volume 7, Issue 5, .March 08, 2007.
- <sup>56</sup> Vgl. Nan Li: The PLA’s Evolving Warfighting Doctrine, Strategy and Tactics, 1985-95: A Chinese Perspective. In: (Hrsg.) Shambough, David, Yang, Richard H.: China’s Military in Transition. Oxford 1997. S. 186, 187.
- <sup>57</sup> Vgl. Chen Weihua in Washington (China Daily USA). Beijing, US urged to lead fight against climate change. Chinadaily USA. 24.03.2014. [http://usa.chinadaily.com.cn/epaper/2013-12/18/content\\_17182445.htm](http://usa.chinadaily.com.cn/epaper/2013-12/18/content_17182445.htm) 24.03.2014.